

**Antrag der Fraktion der CDU****Rückerwerb und Weiterverkauf von Anteilen der swb AG**

Im Juni 2000 hat der niederländische Energieversorger Essent NV die Mehrheit (51 %) an der swb AG von der Freien Hansestadt Bremen gekauft (damaliger Kaufpreis 1,11 Mrd. DM). Die restlichen 49 % sind in den Jahren 2003 und 2004 an die Oldenburger EWE verkauft worden. Nunmehr plant der Energiekonzern RWE den Kauf des Energieversorgers Essent. Aus kartellrechtlichen Gründen soll zuvor die Beteiligung an der Bremer swb AG verkauft werden.

Im Kaufvertrag aus dem Juni 2000 ist ein Vorkaufsrecht für Bremen im Falle des Weiterverkaufes der swb-Anteile durch Essent festgeschrieben. Dies ist so ausgestaltet, dass Bremen zunächst ein Kaufangebot durch Essent erhält und sodann 60 Tage Zeit hat, dieses zu prüfen und anzunehmen. Nach Ablauf der Frist wird ein Bieterverfahren durchgeführt. Sobald das Höchstgebot feststeht, erhält Bremen noch einmal die Möglichkeit, die Anteile zum Höchstgebot aus dem Bieterverfahren zu erwerben. Inzwischen liegt dem Senat das Kaufangebot des Unternehmens Essent vor.

Aus ordnungspolitischer Betrachtungsweise ist die Erlangung und dauerhafte Beibehaltung von Anteilen an Wirtschaftsunternehmen, die unter Beweis gestellt haben, dass sie sich ohne staatliche Beteiligung erfolgreich am Markt behaupten können, als problematisch zu bewerten. Bei den besonderen vertraglichen Verhältnissen in Bezug auf die swb AG ist jedoch als Einzelfall zu prüfen, wie die standortpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Interessen Bremens gewahrt werden können. Dabei sollte jedoch klar sein, dass die Politik weder auf die Unternehmens- noch die Energiepolitik des Unternehmens Einfluss nehmen darf, um die swb AG aus parteipolitischen Überlegungen und kurzfristigen Opportunitätsmotiven dauerhaft herauszuhalten. Mithin darf eine Annahme des Kaufangebots der Mehrheitsanteile an der swb AG von Essent in Höhe von 51 % nur vorübergehenden Charakter haben. Um dies zu gewährleisten, ist auf einen sofortigen Weiterverkauf der Anteile an der swb AG seitens Bremens hinzuwirken. Entsprechend den Regelungen seiner erfolgreichen Minderheitsbeteiligung an der Bremer Landesbank sollte Bremen eine strategische Minderheitsbeteiligung von maximal 7,5 % der Anteile an der swb AG realisieren. Mittels des gleichzeitigen Abschlusses eines neuen Konsortialvertrags mit dem neuen Mehrheitseigentümer können wichtige Einzelfragen geregelt werden, die der Standortsicherung des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven dienen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sein Vorkaufsrecht auf die von Essent NV angebotenen Anteile an der swb AG unter der Maßgabe in Anspruch zu nehmen, dass ein sofortiger Weiterverkauf von mindestens 43,5 % aller swb-Anteile zu marktüblichen Preisen seitens Bremens aktiv beschlossen wird. Innerhalb der 60-Tage-Frist soll sowohl der Kauf als auch der Weiterverkauf des Großteils des Aktienpakets gewährleistet sein.  
Dabei sollen Verkaufsverhandlungen mit dem weiteren Anteilseigner EWE erste Priorität genießen.
2. Der Senat wird aufgefordert, im Falle des Kaufs der swb-Anteile von Essent, den Weiterverkauf so auszugestalten, dass das Land Bremen schließlich eine strategische Minderheitsbeteiligung von maximal 7,5 % an der swb AG hält. Gleich-

zeitig soll seitens des Senats mit dem neuen Mehrheitseigentümer ein neuer Konsortialvertrag abgeschlossen werden, der insbesondere Aussagen enthält, die der Standortsicherung des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven dienen sowie ein erneutes Vorkaufsrecht für die Freie Hansestadt Bremen umfassen.

3. Der Senat wird aufgefordert, die finanzielle Abwicklung des Zwischenkaufs über ein Pensionsgeschäfts oder Ähnliches zu tätigen und sicherzustellen, dass keine direkte Belastung des Haushalts erfolgt.
4. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) über die diesbezüglich zu führenden Gespräche und Verhandlungen zeitnah zu berichten.

Dr. Wolfgang Schrörs, Frank Imhoff, Dr. Rita Mohr-Lüllmann,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU